

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
25.08.2010

GRÜNE: Schüler in benachteiligten Stadtteilen gezielt fördern

Landesregierung schiebt Verantwortung und Kosten auf Kommunen ab

Die Landtagsgrünen haben die Landesregierung aufgefordert, Konsequenzen aus dem "Bildungsmonitoring 2010" der Stadt Hannover zu ziehen. "Die in der Studie bestätigte hohe Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft ist ein gesellschaftlicher Skandal, der die Regierung zum Handeln zwingen muss", sagte die schulpolitische Sprecherin **Ina Korter** heute (Mittwoch) in Hannover. Der Zusammenhang zwischen dem sozialen Status eines Stadtteils und der Schullaufbahnpfehlung ist nach Ansicht der Grünen-Politikerin nicht nur in der Stadt Hannover ein Problem.

Korter forderte, die zurückgehenden Kinderzahlen zu nutzen, um die Personalausstattung in den Kindertagesstätten und Schulen in den sozial benachteiligten Wohnvierteln deutlich zu verbessern. "Statt im kommenden Jahr 100 Millionen Euro im Personaletat des Kultusministeriums einzusparen, müssten neben Lehrkräften auch Psychologen, Sozialpädagogen und andere Fachkräfte vom Land finanziert werden".

Die CDU-FDP-Regierung habe die Verantwortung und die Kosten für die Nachmittagsbetreuung in Ganztagschulen und für die Schulsozialarbeit zunehmend auf die Kommunen abgewälzt, kritisierte die Grünen-Politikerin. Die Ganztagschule-light sei ein "Etikettenschwindel". Das hätten auch die Ergebnisse des Bildungsmonitorings bestätigt. Korter: "Nur wenn Ganztagschulen mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind, können sie die Schülerinnen und Schüler wirksam fördern. Dafür steht das Land in der Verantwortung."

Die Grünen-Politikerin forderte die Landesregierung auf, die Fördermaßnahmen in den Kindertagesstätten und Schulen und die Schullaufbahn der Kinder zu evaluieren. Nur so könnten gezielte und effektive Konzepte entwickelt werden.

Nach der Studie der Stadt Hannover schwankt der Anteil der gymnasialempfohlenen Kinder je nach Stadtteil zwischen 14,3 Prozent und 72,4 Prozent und ist in gutsituierten Stadtteilen bis zu fünfmal so hoch wie in sozial benachteiligten Stadtteilen.